

Montag (Nachmittag), 15. März 2021 / Lundi après-midi, 15 mars 2021

2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

63 2020.RRGR.319 Motion 248-2020 Bauer (Wabern, SP)
Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz

63 2020.RRGR.319 Motion 248-2020 Bauer (Wabern, PS)
Protégeons sans attendre des réfugié-e-s des camps grecs en les évacuant !

Präsident. Nächstes Traktandum ist Nummer 63, eine Motion von Grossrätin Tanja Bauer: «Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz». Die Regierung beantragt, diese Motion abzulehnen. Wir sind in der freien Debatte. Das Wort hat Motionärin, Grossrätin Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). «Es gibt Zeiten, in denen schöne Ansprachen gehalten werden können – und Zeiten, in denen gehandelt werden muss.» Dies ist der Aufruf des Osterapells «Evakuieren jetzt!». Darin wird gefordert, dass der Bund möglichst viele Geflüchtete aus der Ägäis in die Schweiz holt. Diesen Appell haben vor einem Jahr 50'000 Menschen unterschrieben und gehandelt wird immer noch nicht. Auf der griechischen Insel in der Ägäis ereignet sich vor unseren Augen eine humanitäre Katastrophe und wir schauen seit Jahren zu. Mehr als 10'000 Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet. Auch nach fünf Jahren haben es Griechenland und die Europäische Union (EU) noch nicht geschafft, menschenwürdige Bedingungen in diesen Lagern herzustellen und werden dies, angesichts der Herkulesaufgabe, auch nicht schaffen. Auch wenn es kaum vorstellbar ist, verschlimmert sich das Leid der Menschen vor Ort von Monat zu Monat. Zur katastrophalen Situation in den Camps kommen Corona, Erdbeben und Brände und aktuell der Winter. Die unmenschliche Situation auf der griechischen Insel ist eine Folge der europäischen Flüchtlingspolitik. Nach dem Dublin-Abkommen können die Menschen den Asylantrag nur in dem Land stellen, in dem sie als erstes ankommen, zum Beispiel eben Griechenland. Aufgrund ihrer geografischen Lage im Herzen von Europa ist die Schweiz deshalb nicht gleichermassen mit Asylgesuchen konfrontiert wie zum Beispiel die Länder an der Aussengrenze, und sie profitiert von diesem Dublin-System. Auch der Regierungsrat geht in seiner Antwort auf diese Ungerechtigkeit ein und schreibt, dass er die Haltung des Bundes unterstützt, der sich auf europäischer Ebene seit Jahren mit Nachdruck für eine nachhaltige Reform des Systems einsetzt, weil eine gerechte Verteilung der Verantwortung im Asylbereich unabdingbar sei und zu mehr Solidarität führe, so der Regierungsrat. Aber dies dauert, wie der Regierungsrat selber schreibt, schon Jahre. Unterdessen verschlimmert sich die Lage in den Camps in Griechenland und in anderen Ländern an der Aussengrenze von Europa dramatisch.

Ja, es müssen unbedingt gesamteuropäische Lösungen gesucht und gefunden werden. Aber währenddessen können die Geflüchteten nicht in den Camps ausharren. Unter dem Motto, «Das eine tun und das andere nicht lassen», fordern National- und Ständeräte mit der Motion «Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens» (*M 20.2143, Curia Vista*), dass die Schweiz mehr macht und zwar schon heute aktiv wird und Geflüchtete aufnimmt. Seither haben 25 Städte und Dörfer dem Bund mehrfach ihre Bereitschaft signalisiert, Geflüchtete aus den Camps in Moria und Lesbos direkt aufzunehmen. Der Bund ging aber nicht darauf ein. Wieso müssen wir im Grossen Rat des Kantons Bern jetzt darüber sprechen? Weil sich genau die Kantone vornehm zurückhalten, obwohl wir zuständig sind für die Unterbringung von Asylsuchenden. Die Bereitschaft des Kantons, zusätzlich zum definierten Verteilschlüssel Geflüchtete aufzunehmen, ist ein wichtiges Angebot an den Bundesrat, mit der Unterstützung eines grossen Kantons mehr Geflüchtete direkt aufzunehmen. Dies könnte auch andere Kantone dazu bewegen, sich anzuschliessen und einen Beitrag zur Lösung dieser humanitären Krise zu leisten.

Wir haben im Rat im Sommer schon über einen solchen Vorstoss diskutiert. Damals haben Sie moniert, dass der Motionstext zu wenig genau sei. Wir haben diese Kritik aus dem Rat aufgenommen

und haben diesen nun präzisiert. Der Regierungsrat schreibt jetzt auch, dass unser Anliegen möglich ist. Er schreibt aber auch, dass er die Haltung des Bundesrats stützt und seine Handlungen und Prioritäten stützt. Schauen wir uns die Handlungen doch an, die der Bundesrat bis jetzt gemacht hat. Die Schweiz hat im September 2020, also vor einem halben Jahr in Aussicht gestellt, 20 unbegleitete Kinder und Jugendliche aufzunehmen, 20. Zur Erinnerung, es sind mehr als 10'000 Menschen in Griechenland gestrandet. Kommt hinzu, dass die 20 Kinder bis heute anscheinend noch nicht in die Schweiz geholt wurden. Dies ist angesichts der aktuellen Krise ziemlich beschämend und zum Verzweifeln. Liebe Anwesende, ich möchte, dass die Antwort des Kantons Bern auf diese humanitäre Krise ist, dass wir einen Teil zur Bewältigung beitragen wollen. Ich möchte, dass wir genau das machen, was der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, nämlich, den Bund unterstützen. Lassen Sie uns aktiv nach Lösungen suchen und gemeinsam handeln, weil – so sagt Martin Luther King – das Beunruhigende ist nicht die Perversität der Bösen, sondern die Gleichgültigkeit der Guten. Dies dünkt mich in dem Fall sehr sprechend. Lassen Sie uns nicht gleichgültig sein. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen und den Regierungsrat zu beauftragen, beim Bund vorstellig zu werden und seine Bereitschaft zu signalisieren, ein Kontingent von Geflüchteten, die in Griechenland gestrandet sind, aufzunehmen. In der Schweiz soll ihr Asylgesuch nachher regulär behandelt werden.

Ich habe bei Martin Luther King noch ein bisschen weitergesucht und habe bei ihm auch noch etwas Hoffnungsvolleres gefunden. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) «Es ist immer der richtige Zeitpunkt, um das Richtige zu tun.» Bitte stimmen Sie dieser Motion zu.

Präsident. Besten Dank. Frau Ammann als Mitmotionärin hat das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Ich versuche es relativ kurz zu machen. Ich möchte euch vor allem noch einen Gedankenanstoss mitgeben. Inhaltlich hat es Tanja Bauer genügend ausgeführt, dass alle, die zugehört haben, wissen, worum es geht. Was wir uns bewusst sein müssen, dass auch, wenn wir historisch zurückschauen, Veränderungen in der Regel von unten angestossen werden. Je grösser ein Gebilde ist, desto träger ist es und desto mehr wird eben nicht schnell genug proaktiv gehandelt und Dinge verändert, sondern Dinge werden hin und her geschauelt.

Die Sache ist, dass wir es nicht mit Dingen zu tun haben, sondern mit Menschen. Wir haben es mit einer Flüchtlingskrise zu tun. Wir haben es mit einer humanitären Krise zu tun, die sich einfach nicht vor unserer Türe abspielt, aber bei der wir genau gleich Mitverantwortung übernehmen sollten. Dementsprechend möchte ich an Sie appellieren, dass wir diesen Schritt machen und eine gerechtere Verteilung von unten, vom Kanton Bern her, angestossen wird, dass man dem Bund unter die Arme greift und sagt, dass er sich einen Ruck geben soll und etwas macht und proaktiver wird und nicht sagen, «Ja, wir nehmen 20», die immer noch nicht da sind in Anbetracht dessen, was sich in Griechenland abspielt. Wir waren uns letztes Mal einig – dies war ein breiter Konsens –, dass es eine humanitäre Katastrophe ist, die sich in Griechenland abspielt. Und eben, wie gesagt, nur, weil wir diese nicht sehen, wenn wir aus dem Haus gehen, findet sie nicht mehr statt. Dann hatte man noch das Gefühl, dass geschaut wird, es wird gemacht, wir müssen nicht, wir sind ja nicht zuständig. Mittlerweile muss man feststellen, dass die Situation die Gleiche ist, wenn sie nicht noch schlimmer geworden ist. Dementsprechend bitte ich Sie, geben wir uns den Ruck für einen minimalen Beitrag, damit der Bund aktiv wird und so auch die Schweiz, und mit ihr der Kanton Bern, die Verantwortung übernimmt, ein paar Personen hier im Kanton Bern aufnimmt und die Asylgesuche hier auch geprüft werden. Schauen wir nicht mehr zu, schauen wir nicht mehr weg, sondern machen wir etwas.

Präsident. Ich gebe als Nächster Grossrätin Barbara Streit das Wort. Sie ist Mitmotionärin und Fraktionssprecherin.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Am letzten Donnerstag über den Mittag machte ich einen Spaziergang auf den Jüdischen Friedhof, der hier ganz in der Nähe ist. Es hat dort ein Holocaust-Mahnmal, und Metallplatten erinnern an Menschen, die nicht hier in Bern starben, sondern während der Nazizeit irgendwo in Europa umkamen. Auf einer der Metallplatten heisst es: «Victime de la politique de la barque pleine». Wenn ich die Antwort des Regierungsrates auf unseren Vorstoss lese, kommt mir diese Inschrift in den Sinn. Unsere Flüchtlingspolitik ist immer noch von der «Boot ist voll»-Mentalität geprägt, obschon wir heute in einer ganz anderen wirtschaftlichen und politi-

schen Situation leben, und es sind immer noch die gleichen Argumente, die genannt werden, zum Beispiel: «Wir haben schon viel gemacht», oder: «Wir können nicht mehr», «Der Bund ist dafür verantwortlich, nicht wir», «Die Gesetze lassen es nicht zu», «Zuerst müssen die anderen etwas machen, bevor wir dann vielleicht auch können» usw. Wie dazumal kommt es auf die Menschen an, die eine gute Idee haben und handeln. Meistens – diese Erfahrung machen wir alle als Grossrätinnen und Grossräte immer wieder – ist mehr möglich als man auf den ersten Blick meint. Mit diesem Vorstoss wird der Spielraum aufgezeigt, den der Kanton Bern hat, ohne dass man ein neues Gesetz machen muss und ohne dass man Geld in die Finger nehmen muss. Es geht einfach darum, den guten Willen zu signalisieren, damit es dem Bund eventuell möglich wird, zu handeln. Die heisse Kartoffel einfach herumzugeben, ist zutiefst unmenschlich respektive kann für einzelne Menschen sogar tödlich sein. Eine der ersten Vorstösse, die ich 2015 einzureichen half, hiess «Neue Zukunft für das Zieglerspital als Asylunterkunft!» (*M 132-2015*). Es wurde damals bekannt, dass das Zieglerspital geschlossen wird, und wir setzten uns für eine Nachnutzung als Asylunterkunft ein. Diese Motion wurde überwiesen und vom Regierungsrat umgesetzt. Das Zieglerspital wird bis heute als Bundesasylzentrum genützt.

Bei diesem Vorstoss geht es um etwas Ähnliches. Wir zeigen dem Bund auf, dass es im Kanton Bern Möglichkeiten gibt, Flüchtlinge aus Griechenland als Asylbewerber aufzunehmen. Es geht nicht darum, dass die Menschen sozusagen ein Freibillett bekommen, um hier in der Schweiz zu leben. Sie durchlaufen das normale Asylverfahren, wie andere Asylbewerber auch. Die EVP-Fraktion folgt mir als Motionärin und wird diesem Vorstoss ebenfalls zustimmen.

Präsident. Dann kommen wir zu den Fraktionen. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Mme la députée Samantha Dunning.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Depuis des années maintenant la situation déplorable et inhumaine aux frontières de l'Europe, en particulier en Grèce, est connue. Depuis des années, les ONG et les Etats frontaliers tirent la sonnette d'alarme. Les personnes en quête d'asile s'entassent dans des camps. Ces personnes sont en proie à des conditions inhumaines, elles sont privées des besoins les plus élémentaires : hygiène, nourriture, et même parfois un toit. L'incendie de septembre dans le camp de Moria et celui dans le camp de Samos en novembre sont à l'apogée de ces conditions déplorables. Et la crise sanitaire de la COVID-19 dégrade encore plus la situation.

Pendant ce temps-là, les Etats-membres de l'UE peinent à trouver une solution et à s'engager pour accueillir ces personnes. Alors, bien sûr, la situation est clairement liée à une politique internationale et c'est du ressort de la Confédération d'agir proactivement. Mais devons-nous rester les bras croisés, simplement à attendre que les choses se débloquent en regardant simplement des vies s'éteindre ?

Le groupe socialiste pense justement que nous, députés, pouvons agir. En effet, les cantons sont responsables de l'hébergement des requérants d'asile. Le nombre de demandes d'asile en Suisse et dans le canton de Berne a considérablement baissé dû à une baisse des demandes d'asile par rapport à la vague de 2015 mais aussi dû au blocus européen et à la fermeture des frontières lors de la pandémie. Nous avons donc les capacités d'héberger et d'accueillir pour ces personnes. Et nous avons la compétence de signaler à la Confédération que nous sommes disposés à accueillir davantage de personnes provenant de ces camps de misère.

La Confédération a annoncé accueillir 20 jeunes des camps de Grèce en septembre, dont on ne sait toujours pas s'ils sont arrivés. Selon Amnesty International ce sont 13'000 personnes qui devraient être évacuées. C'est misérable. Où sont passées les valeurs humanitaires de la Suisse ? Réagissons et acceptons cette motion !

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Es ist wohl etwas schwieriger, dagegen zu sprechen als dafür. Aber ich mache es nun trotzdem aus folgenden Gründen: Wenige wissen es, aber ich habe seit 20 Jahren ein internationales Mandat einer Non-Profit-Organisation und bin insbesondere in ärmeren bis sehr armen Ländern unterwegs. Man sieht es mir vielleicht nicht an als Krawatten-träger, aber ich bin seit 10 bis 15 Jahren in Bangladesch immer wieder unterwegs und ich hätte oft gerne Menschen mit in die Schweiz mitgenommen und in die Schweiz zurückgebracht. Jetzt hat man dort den Fokus gesetzt, den man in den Medien sah und so einfach ist es nicht. Die Situation ist unbestritten unschön. Trotzdem ist die Forderung der Motion nicht zielführend, den Regierungsrat zu beauftragen, beim Bund vorstellig zu werden. Eine Verbesserung muss, wie vom Regierungsrat aufgeführt, effektiv, auch wenn das absolut formalistisch tönt, über die Reform des Dublin-

Systems erfolgen.

Etwas möchte ich noch sagen. Es besteht die Möglichkeit, und dies meine ich ernst, dass es für interessierte Privatpersonen offensteht, einen Beitrag zu leisten. Zum Beispiel im Rahmen eines Gastfamilienprojekts in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) hat man Möglichkeiten, als Privatperson dort etwas zu machen. Wir müssen aufpassen, dass wir uns einfach auf ein Gebiet konzentrieren und für alle anderen Menschen, die ich sehe, auch Kinder, die in Strassen schlafen, verbessern wir die Situation auch nicht. Leider ist es so. Dies ist nicht der Weg für die Lösung des Problems.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Die Motion verlangt vom Regierungsrat, dass dieser dem Bund gegenüber seine Bereitschaft signalisiert, dass er zusätzliche Schutzsuchende aus Griechenland aufnimmt. Wie wir alle wissen, sind die Staaten an den Aussengrenzen der EU wie Griechenland, Spanien, Bosnien-Herzegowina oder Italien mit der hohen Zahl von Schutzsuchenden überlastet und überfordert. Bekanntlich zählen diese Länder nicht zu den finanzstärksten EU-Mitgliedstaaten. Während die Zahl der Schutzsuchende steigt, meldet die Schweiz einen Rückgang und lobt die erfolgreiche Politik der Abschreckung. Viele Zentren für Asylsuchende wurden geschlossen. Die Folge: Die Leidtragenden sind die geflüchteten Menschen, die an der Innengrenze der EU im Wartemodus ausharren müssen. Die Corona-Krise macht die Situation für kein Land einfach, da bin ich einverstanden. Daher wäre es ein Akt der Solidarität gegenüber Menschen, die aus irgendeinem Grund ihre Länder verlassen haben und nun versuchen bei uns Schutz zu suchen. Die Gründe sind vielfältig: Kriege, politische Verfolgung, religiöse Verfolgung, Diskriminierung wegen sexuellen Orientierungen, Naturkatastrophen. Klimaveränderungen sind vielfältig und werden nicht weniger, so dass Menschen auf der Suche nach Schutz das Land verlassen.

Es wäre auch ein Akt der Solidarität gegenüber den Aufnahmeländern, die vor allem aus geographischen Gründen, in Folge auch des Dublin-Abkommens, betroffen sind. Die steigende Anzahl Schutzsuchender, die zunehmende fremdenfeindliche Stimmung unter der Bevölkerung dieser Aufnahmeländer haben die Situation deutlich verschärft. Die Bilder der dramatischen Situation im Camp Moria auf der Insel Lesbos sollten uns allen bekannt sein, ein Beispiel für viele andere menschenrechtswidrige Orte, wo Schutzsuchende stecken. Wir sollten uns verpflichtet fühlen in schwierigen Zeiten uns gegenseitig zu unterstützen, anstatt uns abzuschirmen. Warum sollte diese Grundsolidarität nicht auch zwischen den Staaten gelten? Es ist wirklich unverständlich, dass der Regierungsrat sich in dieser Frage nicht angesprochen fühlt, nicht beim Bund vorstellig werden möchte und die Motion ablehnt.

Die Fraktion der Grünen bittet Sie, die Motion zu unterstützen. Wir hätten die Möglichkeiten und wahrhaftig auch die Kapazität, zusätzlich zur kantonalen Quote mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Auch die Grossstädte wie die Stadt Bern sind hier bereit und möchten mehr Schutzsuchende aufnehmen. Aber noch eine Bemerkung zum Vorredner: So ein Projekt des SRK ist mir nicht bekannt.

Jan Gnägi, Aarberg (Die Mitte). Der Vorstoss greift ein emotionales Thema auf. Wir haben es an den Voten, die vorher gehalten wurden, gehört. Es ist generell ein schwieriger Bereich der Politik, ein schwieriges und emotionales Thema. Aus unserer Sicht ist es umso wichtiger, dass man sich an den entsprechenden Zuständigkeiten orientiert, damit dies auch gut laufen kann. Der Regierungsrat macht dies in seiner Antwort auch klar. Wir danken für diese Klarstellung. Die Mitte-Fraktion nimmt davon Kenntnis, dass die Schweiz hier entsprechende Hilfestellungen vorgenommen hat und sich insbesondere auch – dies wurde von Grossrat Kohler gesagt – für die wichtige Reform des Dublin-Systems einsetzt. Die Mitte-Fraktion nimmt auch davon Kenntnis, dass hier der Bund die Federführung hat und nicht der Kanton Bern. Man kann die Aktivitäten des Bundes in diesem Bereich für zu wenig halten, wie dies die Motionärinnen offenbar machen. Diese Diskussion gehört aber aus unserer Sicht ganz klar auf nationale Ebene, und deshalb wird die Mitte-Fraktion den Vorstoss ablehnen.

Peter Salzmann, Mülchi (SVP). Ich habe drei Punkte zu diesem Vorstoss. 1. Die gesetzliche Grundlage ist das Dublin-Abkommen. Dies sagt, dass der erste Ort, wo das Asylgesuch gestellt wird, auch das Asylverfahren durchführe muss. 2. Trotz der gesetzlichen Grundlage war die Schweiz das erste Land, welches Hilfeleistungen vor Ort angeboten hat, sprich Brandanschlag in Lesbos. 3. Zudem hat die Schweiz sich bereit erklärt, sich bei der Aufnahme von unbegleiteten minderjährige Asylsuchenden (UMA) zu beteiligen. Meines Wissens hat die Schweiz 20 UMAs aufgenommen. Fazit: Die Schweiz hat mehr Macht, als die gesetzliche Grundlage ihr vorschreibt und so-

mit ihren humanitären Auftrag erfüllt. Geschätzte Motionärinnen, wenn Sie wirklich etwas Sinnvolles tun wollen, dann müssen Sie helfen, die mehr als 3,5 Mrd. Schweizer Franken, welche für Entwicklungshilfegelder einbezahlt sind, aus der Schweiz auf ihre Wirksamkeit in den Empfängerländern zu überprüfen. Leider fehlt heute diese Prüfung und viel Geld landet in korrupten Händen. Im Übrigen kann ich dazu sagen, es ist eigentlich Angelegenheit des Bundes. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Motion einstimmig ab.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Die EDU-Fraktion würdigt die vergangenen Bemühungen des Bundesrats, Hilfe vor Ort zu leisten, auch in Moria, und auch einige hundert UMAs aufzunehmen, wie wir in der Antwort lesen konnten. Auf europäischer Ebene setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass es eine nachhaltige und gerechte Reform des Dublin-Systems geben soll. Eine Mehrheit der Fraktion ist deshalb der Ansicht, dass die Schweiz und der Kanton Bern damit ihren Verpflichtungen, auch im Rahmen der humanitären Tradition unseres Landes, nachkommen und wir daher – wie es der Regierungsrat vorschlägt – den Vorstoss ablehnen. Eine Minderheit beurteilt dies anders. Angesichts der relativ tiefen Asylzahlen und angesichts auch der Not, von der wir mehrfach gehört haben, in den griechischen Auffanglagern, gewichtet es diese so, dass wir auch hier dem Anliegen der Motionärinnen zustimmen.

Präsident. Dann kommen wir zu Einzelsprechenden. La première oratrice à titre individuel, Mme la députée Riesen.

Maurane Riesen, La Neuville (PSA). Je serai très brève. Simplement vous dire cela : parfois, je pense aux générations futures et à ce que ces générations apprendront dans leurs livres d'histoire. Je pense que ces générations auront honte de la manière dont l'Europe, dont nous, gérons cette crise humanitaire dans les camps de réfugiés. En tant que parlementaires, à tous les niveaux, que ce soit fédéral, cantonal, communal, si vraiment nous pensons que chaque vie humaine a la même valeur, il est de notre devoir d'agir davantage.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC). Je n'avais pas du tout l'intention de m'exprimer durant cette session, mais là, je ne peux pas me retenir, tellement je dois dire, franchement, j'ai mal ! Je ne comprends tout simplement pas, en réfléchissant du plus profond de mon cerveau, comment est-ce qu'on peut tout simplement s'opposer à cette motion. Cette motion n'ouvre pas la voie au fameux, au fantasmé grand remplacement, il ne s'agit pas de faire venir ici en Suisse des délinquants, ou que sais-je ! Les gens qui me connaissent savent que sur les questions migratoires je peux être parfois strict. Mais cette motion ne demande pas autre chose qu'un tout petit peu d'humanité et, franchement, du plus profond de mon être, je ne comprends pas cette espèce de pingrerie. Là, ce n'est pas la pingrerie du fric, c'est la pingrerie du cœur !

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich kann es kurz machen. Im Jahr 2015 machte es Regierungsrat Käser vor. Wir haben ungefähr 30'000 Flüchtlinge aufgenommen, und wir haben im Moment Kapazität, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Ich weiss gar nicht, weshalb man sich hinter gesetzlichen Grundlagen und hinter was für einem Cabaret man sich versteckt. Mich kotzt es hier an, wenn ein dreijähriges Mädchen auf dem WC vergewaltigt wird. Dies ist kein Einzelfall, Kolleginnen und Kollegen. Bitte geben Sie sich einen Ruck.

Präsident. Ich sehe die Motionärin hier stehen. Will sie nach dem Regierungsrat? – Ja, sie wird nach dem Regierungsrat sprechen. Ist gut. Ich gebe das Wort dem Regierungspräsidenten.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. La position de la Confédération respectivement du Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) est partagée par le Conseil-exécutif. La Suisse assure d'ores et déjà sur place une aide humanitaire et envisage d'accueillir des enfants et adolescents vivant dans le camp ravagé par l'incendie. Dans sa réponse à une question du 7 décembre 2020, le Conseil fédéral a fait savoir que l'arrivée de ces personnes en Suisse était en cours de planification. La Confédération œuvre activement en faveur d'une réforme durable du système Dublin. Une répartition équitable des responsabilités dans le domaine de l'asile est indispensable. La Commission européenne s'emploie actuellement à conclure un pacte sur la migration et l'asile qui contient de nouvelles propositions en faveur d'une plus juste répartition des charges entre chaque pays et d'une reprise du débat sur une réforme du système de Dublin.

Comme mentionné par le SEM, si l'Union européenne (UE) devait décider un programme d'accueil des réfugiés de Lesbos et demander une participation à la Suisse, la question serait naturellement étudiée. Le Conseil fédéral peut en effet accueillir directement des réfugiés de zones de guerre ou de crise dans le cadre des projets de réinstallation.

Selon les critères de la Confédération, l'île de Lesbos ne compte toutefois pas parmi ces zones. En revanche, la Grèce fait partie des Etats qui disposent d'une procédure d'asile et sont en mesure d'assurer la protection des réfugiés. En l'état actuel de la situation, le Conseil-exécutif ne juge pas utile d'intervenir auprès de la Confédération et vous invite à rejeter cette motion.

Präsident. Ich gebe das Wort noch einmal der Motionärin, Grossrätin Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Danke für diese Diskussion. Wenn ich Ihnen zuhöre, fallen mir zwei Dinge auf: erstens, dass die Meinungen vermutlich schon gemacht sind, und zweitens, dass in diesem Rat relativ viel Halbwissen zur Flüchtlingspolitik besteht.

Erstens: Ja, das Dublin-Abkommen ist die gesetzliche Grundlage. Dieses geht davon aus, dass alle Geflüchteten ein Asylgesuch stellen können und zwar in dem Land, in dem sie zuerst ankommen. Es ist uns allen klar, dass dies die Länder an den Rändern von Europa, wie Griechenland, Italien und Spanien, besonders hart belastet. Griechenland – wie Sie alle wissen – in einem hohen Ausmass. Es ist nicht mehr immer möglich, diese Asylgesuche zu bearbeiten und schlicht, es ist unbestritten, wie auch der Herr Regierungsrat sagte, dass man dies reformieren muss und dass dies ungerecht ist und dass dies eine Zeitlang geht, dies zu reformieren. In dieser Zeit haben wir aber eine humanitäre Krise vor Ort und diese geht uns etwas an, weil wir Teil des Dublin-Abkommens sind. Das Dublin-Abkommen sieht vor, dass Länder zusätzlich Menschen aufnehmen darf. Man muss nichts ändern. Man darf ein Kontingent von Geflüchteten aus Griechenland aufnehmen und das Asylgesuch hier abwickeln. Das ist etwas, das andere Länder machen. Deutschland hat beispielsweise beschlossen, 1500 Menschen aufzunehmen. Die Schweiz hat beschlossen, 20 aufzunehmen.

Wenn Sie zugehört haben, was der Regierungsrat gesagt hat, dann geht es nicht darum, etwas ganz anderes zu machen als der Bund. Wir sind absolut einverstanden, dass man gesamteuropäische Lösungen suchen muss, dass es eine Reform des Dublin-Abkommens braucht und dass der Bund bereits etwas macht. Wir sagen, dass der Bund mehr machen könnte, wenn er die Unterstützung der Kantone spüren würde. Die 20 Kinder und Jugendlichen, die er aufnehmen will, sind angesichts der Krise und des Ausmasses, von dem wir betroffen sind, welches wir sehen, zu wenig. Darum geht es. Man muss also nichts ändern. Wir übersteuern auch den Bund nicht, sondern wir bieten unsere Unterstützung an. Es wird deshalb auch nicht mehr passieren. Der Bund hört einfach vom Kanton Bern: «Wir wären bereit». Dies würden wir dem Bund sagen. Dies hat die Schweiz in anderen Krisen schon getan. Wir nahmen schon Kontingente von Geflüchteten auf, wenn es durch die Weltlage, wenn es durch verschiedene Situationen notwendig war. Und es ist notwendig. Angesichts der Syrien-Krise, des Syrien-Konflikts, von der Situation in der Türkei, angesichts der Situation von Griechenland, von der Sie wissen, dass es auch nicht auf Rosen gebettet ist, Corona kommt hinzu, sind wir auch verpflichtet, auch unseren Beitrag zu leisten. Deshalb bitte ich Sie – es ist wichtig – stimmen Sie dieser Motion zu. Sie machen nicht etwas, das nicht vorgesehen ist, im Gegenteil, es ist etwas, das die Schweiz schon mehrfach gemacht hat.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Traktandum Nummer 63, eine Motion von Grossrätin Tanja Bauer: «Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz». Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.319)

Vote (2020.RRGR.319)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 70

Nein / Non 81

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie lehnen diese Motion ab, mit 81 Nein gegenüber 70 Ja bei 6 Enthaltungen.
Bevor wir weiterfahren, darf ich noch einem Geburtstagskind gratulieren. Ich kann geradeaus schauen, schnurgeradeaus schauen, Thomas Knutti, alles Gute zu deinem Geburtstag. Schön, dass du ihn hier mit uns verbringst. Alles Gute. (*Applaus / Applaudissements*)